



4. Oktober 2023

**Postulat**

von Balz Bürgisser (Grüne)  
und Liv Mahrer (SP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in den Jahren 2024 bis 2027 Projekte des Schweizerischen Sozialarchivs, deren Umsetzung wegen der Beitragskürzungen gefährdet ist, finanziell unterstützt werden können.

**Begründung:**

Das Schweizerische Sozialarchiv ist eine der ältesten öffentlichen Spezialbibliotheken der Schweiz. Archiv und Bibliothek sind im Schweizerischen Inventar der Kulturgüter von nationaler Bedeutung verzeichnet. Die reichen Sammlungen des Sozialarchivs widerspiegeln die Rolle der Stadt Zürich als Motor der sozialen Bewegungen und der wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz. Der gute Ruf des Sozialarchivs im In- und Ausland trägt zum Renommee der Stadt Zürich als herausragende Kulturstadt und als bedeutender Wissenschafts- und Forschungsstandort wesentlich bei.

Das Sozialarchiv hat bei der Stadt die Weiterführung des bisherigen Beitrags beantragt – unter Berücksichtigung der prognostizierten Teuerung. Das heisst, fürs Jahr 2024 wurden Fr. 508 119 beantragt, fürs Jahr 2027 Fr. 517 334. Der Stadtrat beantragt einen jährlichen Betriebsbeitrag von Fr. 464 000 für die Jahre 2024 bis 2027. Gegenüber dem Antrag des Sozialarchivs bedeutet das eine Kürzung von durchschnittlich gut 48 000 Fr. pro Jahr. Auf der Ebene Kanton fällt die Kürzung doppelt so hoch aus. Diese Kürzung ist bedingt durch den Regierungsratsbeschluss vom 31. Mai 2023 und das vor vielen Jahren vereinbarte Verhältnis 2:1 der Beiträge von Kanton und Stadt ans Sozialarchiv. Der Regierungsrat begründet seine Kürzung mit dem hohen Vermögen von 1.41 Millionen Franken des Trägervereins. Bei einem jährlichen Aufwand von gut 3 Millionen Franken scheint das Vereinsvermögen allerdings nicht zu hoch.

Aufgrund der einschneidenden Kürzungen der Beiträge von Kanton und Stadt Zürich wird das Sozialarchiv gezwungen, sein Eigenkapital abzubauen. Die Realisierung neuer Projekte, insbesondere im Bereich der Digitalisierung, wird dadurch stark erschwert, beispielsweise das Projekt «Retrodigitalisierung der ältesten Teile der Sachdokumentation».

Um die Weiterentwicklung des Sozialarchivs zu gewährleisten, soll die Stadt in die Lücke springen und in den nächsten Jahren konkrete Projekte des Sozialarchivs, deren Realisierung wegen der Beitragskürzungen gefährdet ist, finanziell unterstützen.

*Antrag auf gemeinsame Behandlung mit Weisung 2023/363*

B. Bürgisser